

# Udo Piassetzky

Vorstandsvorsitzender des DRSB Deutscher Rentenschutzbund e.V.

DRSB e.V. Rudolf – Lensing – Ring 75 40670 Meerbusch

persönlich / vertraulich

Frau

Dr. Angela Merkel

c/o CDU Deutschlands  
Klingelhöferstrasse 8

D – 10785 Berlin

Meerbusch, den 18. Juli 2005

**Duplikat für  
Herrn  
Dr. Roland Koch  
Ministerpräsident des Bundeslandes Hessen**

>Altersvorsorge - Privatrente - das Top-Thema<

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel,

in wenigen Wochen werden die Wähler der rot-grünen Bundesregierung ein Abschlusszeugnis ausstellen.

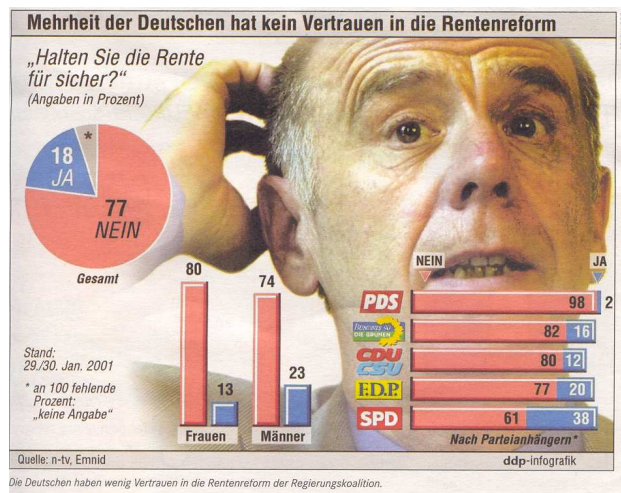
**Das Fazit:**

- >Falsche Entscheidungen<
- >Falsche Weichenstellung<
- >Falsche Gesetzesinitiativen<

Die Aufzählungen ließen sich beliebig verlängern das Ergebnis ist immer gleich

>>>Versagen auf der ganzen Linie<<<.

Besonders hart traf es wieder die Renten. Die Diskussionen um die Riester- und Rürup-Rente wollen nicht abreißen. Die Schere zwischen politischem Anspruch und der nackten Wirklichkeit finden sich alltäglich in den Medien wieder.



# Udo Piasezky

Vorstandsvorsitzender des DRSB Deutscher Rentenschutzbund e.V.

persönlich / vertraulich

Frau

Dr. Angela Merkel

c/o CDU Deutschlands

Klingelhöferstrasse 8

D – 10785 Berlin

Meerbusch, den 18. Juli 2005

- 2 -

Riester und Rürup bereiten allen Beteiligten Kopfzerbrechen. Die Rentensysteme sind und bleiben bürokratische Kolosse mit fatalen Webfehlern. Stagnierende Absatzzahlen, harsche Kritik aus den Reihen von Anbietern und Verbraucherschützern an den gesetzlichen Vorgaben, tiefe Verunsicherung bei Verbrauchern und überforderte Vermittler und Berater – nein, dieses Horrorbild war unnötig.

Nach der Reform ist immer vor der Reform. Bereits 1988 war der DRSB e.V. die einzige Stimme und Kraft, die den Mut zur realistischen und langfristigen Reformen für die Rentensysteme hatte.

Der DRSB Deutscher Rentenschutzbund e.V. erstellte 1994 einen Anforderungskatalog für private Altersvorsorgesysteme.

**Ausbau der privaten und betrieblichen Altersvorsorge**  
**Schrittweise Befreiung der Besteuerung für jede Art der Altersvorsorge**  
**Überprüfbare Anlagekriterien für kapitalgedeckte Vorsorgesysteme**  
**Nutzung der angesammelten Altersvorsorgebeiträgen für den Erwerb von Wohnungseigentum**  
**Freier Wettbewerb aller Anbieter**  
**Ausschließlich Spezialanbieter von Altersvorsorgesystem**  
**Einfache Förderungsbedingungen**

Auch in Zukunft wird das Verhältnis zwischen Reichen und Armen trotz vieler Zukunftsprogramme weiter auseinander gehen - das zentrale Problem von intragenerativer Gerechtigkeit und Chancengleichheit auf globaler Ebene.

Man muß aus dieser ambivalenten Situation die richtigen Schlüsse ziehen und den Verbrauchern Unterstützung bei der Vermittlung von Werten und zur Lebensorientierung geben.

Dies darf natürlich nicht abstrakt geschehen, sondern durch Vorbild und Aufzeigen konkreter Zukunftschancen und Handlungsperspektiven wie z.B. durch das Herausstellen der vielen positiven Beispiele nachhaltiger moderner Altersvorsorgekonzepte, anstatt alles und jedes dem Gesetzgeber zu überlassen.

Die Zukunftsperspektive sind die nachhaltigen **zukunftsfähigen Spezialgesellschaften für Altersvorsorge** auf der Grundlage seriöser Willensbildungs- und Entscheidungsstrukturen, wie sie im Rahmen der DRSB AG Konzepte bereits entwickelt wurden und einigen Politikern seit dem 20. Februar 2002 vorliegen.

Argumente zu dem Kernthema – Altersvorsorge – liefern zusätzlich die Umfragen von Verbraucherforschern und Politprofis. Die Anlagekriterien haben sich nach den Börsendebakeln grundlegend für die nächsten Jahre geändert. Als sogenannte **Unworte** gelten:

- 3 -

# Udo Piasezky

Vorstandsvorsitzender des DRSB Deutscher Rentenschutzbund e.V.

persönlich / vertraulich

Frau

Dr. Angela Merkel

c/o CDU Deutschlands

Klingelhöferstrasse 8

D – 10785 Berlin

Meerbusch, den 18. Juli 2005

- 3 -

**Aktienkapital  
Aktienanlage  
Aktiensparen  
Investmentsparplan  
T – Aktie  
Kleinaktionär  
Global – Player.**



**Gesucht wird die solide Altersvorsorge auf der Grundlage konservativer Vorsorgeprodukte.**

Politischen Sondermüll und die daraus entstandenen Abfallprodukte möchten

**79,2 %**

aller Anleger nicht mehr haben.

Die im Juni 2005 durchgeführten Umfragen für das Forschungs-Projekt **Forward - Impuls - Marketing Bürgerrenten-System** haben im Bereich **Lebensphasenkonzept** zu nachfolgenden Studienergebnissen geführt.

1. In der Altersgruppe **18 bis 25** Jahre möchten **63,5%** nur noch eine Private Altersvorsorge aufbauen.
2. In der Altersgruppe **26 bis 35** Jahre möchten **75,7%** überwiegend die Altersvorsorge außerhalb der gesetzlichen Vorgaben gestalten.
3. In der Altersgruppe **36 bis 45** Jahre möchten **85,9%** sofort zusätzliche Altersvorsorgemaßnahmen treffen.
4. In der Altersgruppe **46 bis 60** Jahre möchten **84,9%** bis zu 25% ( Durchschnittswert 20,5% ) des Nettoeinkommens noch bestmöglich zur Alterssicherung anlegen.

Nach einer vorgegebenen Allokation entschieden sich aus allen Altersklassen

**61,5%** für private Rentensysteme  
**14,5%** für Investment- oder Wertpapierdepots  
**17,9%** für Immobilien

- 4 -

# Udo Piasezky

Vorstandsvorsitzender des DRSB Deutscher Rentenschutzbund e.V.

persönlich / vertraulich

Frau

Dr. Angela Merkel

c/o CDU Deutschlands

Klingelhöferstrasse 8

D – 10785 Berlin

Meerbusch, den 18. Juli 2005

- 4 -

**6,1%** machten keine Angaben für eine Zuordnung. Die stark verschlechterten Werte für Investment- und Wertpapierdepots sind **auch weiterhin** nur eine **Momentaufnahme** der allgemeinen Marktsituation.

In einer zusätzlichen Umfrage wurde die Frage gestellt:

**>Wovor haben Sie 2005 am meisten Angst?<**

Das nachfolgend aufgeführte Ergebnis hat - in dieser Deutlichkeit - auch unsere Experten überrascht:

1. Starke Angst, auf Pflege angewiesen zu sein, äußerten **72,6%**.
2. Dass ihrem Kind etwas zustößt, befürchten **71,7%**.
3. Sehr viel Angst haben **68,9%** vor schwerer und unheilbarer Krankheit.
4. **68,8%** haben sehr starke Angst vor Arbeitslosigkeit und sogenannten **Hartzmodellen**.
5. **57,4%** graut davor, im Alter einsam und alleine zu sein.

Eines Tages auf Pflege angewiesen zu sein, sich hilflos zu fühlen und mittellos zu werden - diese Vorstellung macht den meisten Befragten große Angst. Hierbei ist besonders hervorzuheben, dass dieses Gefühl bei den unter 30-Jährigen enorm ausgeprägt ist und sich ständig verhärtet.

Dieses erneut überraschende Ergebnis ist darauf zurückzuführen, dass kaum ein anderes Thema wie die Altersversorgung in den letzten Jahren in den Mittelpunkt des Interesses gerückt wurde. Die öffentlichen Diskussionen um die Finanzierbarkeit der gesetzlichen Renten, die Kette von Rentenreformgesetzen, deren Ende noch nicht absehbar ist, und die Diskussion über die zukünftige Besteuerung von Alterseinkünften führen immer stärker zur Verunsicherung.

Seit 1977 wird regelmäßig in die Rentenanwartschaften eingegriffen. Das Prinzip der Beitragsäquivalenz wird ständig und systematisch ausgehöhlt.

Immer weniger Leistung für immer höhere Beiträge ist die Bilanz, die sich aus 30 Jahren Konsolidierungspolitik bei den Renten ziehen lässt.

Vertrauensschutz für alle Versicherten, aber auch für die Selbständigen und Hausfrauen, die nach 1972 mit dem Versprechen eines hohen Leistungsniveaus in die gesetzliche Rentenversicherung gelockt wurden, ist zwingend notwendig.

Diese Verunsicherungen spiegeln sich zunehmend in den Umfragen und haben einen wachsenden Stellenwert.

- 5 -

# Udo Piassetzky

Vorstandsvorsitzender des DRSB Deutscher Rentenschutzbund e.V.

persönlich / vertraulich

Frau  
**Dr. Angela Merkel**  
c/o CDU Deutschlands  
Klingelhöferstrasse 8  
D – 10785 Berlin  
Meerbusch, den 18. Juli 2005

- 5 -

Der Wahlkampf in NRW hat unser Land gelähmt und von den wahren Problemen abgelenkt. In den Bereichen

## >Arbeit - Gesundheit - Steuer – Rente<

muss endlich - ohne wenn und aber - sinnvoll gehandelt werden. Ohne das eindringliche Gepolter zum Thema Neuwahlen wäre der Wahlabend für Schröder und seine rot-grünen Genossen vermutlich ein Desaster geworden. Die eigentlichen Wahlverlierer sind aber die Arbeitslosen, Rentner und alle zukünftigen Rentenbezieher.

Befreiter Jubel über das Wahlergebnis unserer CDU / CSU überdeckt nicht die Folgen einer falschen Rentenstrategie.

Wir Deutschen werden immer älter, arbeiten dafür aber immer kürzer. Ein Drittel der 55- bis 64-Jährigen hat noch ein festes Arbeitsverhältnis. Die Frühpensionierungswelle muss deshalb sofort gestoppt werden.

In der Industrie und im Mittelstand werden schon heute Fachkräfte knapp. Die Anhebung des Rentenalters ist gleichzeitig die letzte Möglichkeit den Beitragsanstieg zu verhindern.

Engagierte Bürger gründeten 1988 in Nordrhein - Westfalen den Deutschen Rentenschutzbund als eingetragenen Verein. Dies geschah aufgrund der Erkenntnis, dass das staatliche Rentensystem zukünftig nicht mehr in der Lage sein würde, den erwerbstätigen Bürgern in Deutschland eine ausreichende, geschweige denn die erwartete Altersversorgung zu gewährleisten.

Das Ziel des Vereins ist es, die Bürger auf die Notwendigkeit eigenverantwortlicher Vorsorge hinzuweisen sowie bedürftige ältere Mitmenschen, die über keine ausreichende Rente verfügen, in extremen Notsituationen zu unterstützen.

In den letzten 10 Jahren hat sich die Situation in der staatlichen Altersversorgung für die Bürger in Deutschland dramatisch verschärft. Die Befürchtungen, die zur Gründung des Vereins führten, wurden bei weitem übertroffen, da das heutige Rentensystem dringend Ergänzung durch private Vorsorge bedarf.

Das seit je her bestehende Verfahren der Abzugsfähigkeit von Vorsorgeaufwendungen als Sonderausgaben brauchte nur moderat in Teilbereichen modifiziert werden. In dem bisherigen System der Abzugsfähigkeit von Vorsorgeaufwendungen bedarf es keiner grundsätzlichen Änderung.

- 6 -

# Udo Piasezky

Vorstandsvorsitzender des DRSB Deutscher Rentenschutzbund e.V.

persönlich / vertraulich

Frau

Dr. Angela Merkel

c/o CDU Deutschlands

Klingelhöferstrasse 8

D – 10785 Berlin

Meerbusch, den 18. Juli 2005

- 6 -

Folgende Modifizierungen wären im Bereich der Vorsorgeaufwendungen sinnvoll und nützlich:

1. Der Nachweis für geleistete Vorsorgeaufwendungen sollte in der Qualität zu der bisher üblichen Praxis angehoben werden – z.B. durch Vorlage einer Originalbescheinigung des Anbieters nach amtlich vorgeschriebenen Muster.
2. Das Verfahren zur Günstigerprüfung – ob Zuschuss oder Sonderausgabenabzug, ist in Steuerbescheiden bereits bei der Günstigerprüfung Kindergeld oder Kinderfreibetrag bekannt.
3. Ein zusätzlicher **Vorwegabzug** für Vorsorgeaufwendungen ist im Rahmen der bereits bestehenden Höchstbetragsberechnung für Vorsorgeaufwendungen lediglich um einen Rechenschritt zu erweitern.
4. Eine Nachversteuerung bei schädlicher Verwendung der Altersvorsorge und Anrechnung einer Kapitalertragssteuer ist im jetzigen Steuersystem bei Lebensversicherungen bereits verankert.
5. Eine Einarbeitung einer **Kinderzulage** wie in der sogenannten Riester-Rente wäre an dieser Stelle zunächst ein Systembruch – letztendlich jedoch technisch machbar – z.B. zusätzlicher Vorwegabzug und zusätzliche Zulage.

Durch die Zentralisierung der Förderung der privatfinanzierten Altersvorsorge auf die Finanzverwaltung sind folgende Vorteile gegeben:

1. **Fortfall Risiko Verlust von Informationen durch die Beteiligung verschiedener Institutionen.**
2. **Kein zusätzlicher Personalbedarf in der Finanzverwaltung notwendig.**
3. **Kontrolle schädlicher Verwendung einer Altersvorsorge einfach und sicher möglich.**
4. **Sicherstellung Steuerausfall durch Einbehalt Kapitalertragssteuer vom Anbieter gewährleistet.**
5. **Reduzierung Verwaltungsaufwand bei Anbietern – führt zur Erhöhung der Rendite bei Anlegern.**

- 7 -

# Udo Piasetzky

Vorstandsvorsitzender des DRSB Deutscher Rentenschutzbund e.V.

persönlich / vertraulich

Frau

Dr. Angela Merkel

c/o CDU Deutschlands

Klingelhöferstrasse 8

D – 10785 Berlin

Meerbusch, den 18. Juli 2005

- 7 -

Zur persönlichen und gefälligen Information erhalten Sie beigefügt einen Abriss von dem

**>9 Punkte Rentenprogramm des DRSB e.V.<**

sowie in Ablichtung einen Bericht aus der Zeitschrift „DER BETRIEB“ vom 17. Juni 2005.

Für Rückfragen stehen Ihnen uneingeschränkt nachfolgend aufgeführte Personen zur Verfügung:

1. **Steuerberater Hans-Josef Leiting** Mobiltelefon **xxxx xx xx xxx** Büro **xxxx xx xx xxx**
2. **Udo Johann Piasetzky** Mobiltelefon **xxxx xx xx xxxx** Büro  
**xxxxxxxxxxxxxxxx**
3. **E-mail Adresse** **xxxxxxx @ xxxxxxx**

Sowohl Herr Leiting als auch ich sind Mitglieder des Wirtschaftsrates der CDU e.V., Sektion Düsseldorf.

In der Erwartung Ihrer sehr geschätzten Rückantwort, verbleibe ich

mit freundlichen und besten Grüßen  
Ihr

Udo Piasetzky

**Anlagen: Wie im Schreiben aufgeführt**